



PROFECTUS PERSONAL

Personalwesen Wirtschaft Politik Recht

„Personaldienstleistung – eine Problembranche !?“

Werte Geschäftspartnerinnen, werte Geschäftspartner,

Die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine parlamentarische Anfrage zeigt, dass trotz geringer Prüfungsdichte (2018 wurden 5.579 von 52.300 Zeitarbeitsbetrieben geprüft) häufig nicht gesetzeskonform gearbeitet wird.

Die Prüfungen der Bundesagentur für Arbeit werden ca. 2 bis 4 Wochen angekündigt und können einen Zeitraum bis zu 3 Jahren umfassen. Die inhaltliche Qualität der Prüfungen ist eingeschränkt, da nur nach Aktenlage geprüft wird. Die von den Prüfern gezogene Stichprobe ist eingeschränkt und umfasst nur wenige Beispielfälle.

Trotzdem werden die Prüfer häufig fündig!

- ◆ In 109 Fällen wurde eine unbefristete Erlaubnis entzogen.
- ◆ in 387 Fällen wurde ein Erstantrag oder ein Verlängerungsantrag auf eine befristete Erlaubnis abgelehnt.
- ◆ in 395 Fällen wurde ein Antrag auf unbefristete Erlaubnis abgelehnt.
- ◆ in 1.096 Fällen wurden Bußgelder für festgestellte Verstöße verhängt.
- ◆ in 634 Fällen wurden Verwarnungen, teilweise mit Verwarnungsgeldern ausgesprochen.



Bundesagentur für Arbeit

Von 2012 bis 2018 haben sich die durch Verstöße verhängten Bußgelder verzehnfacht.

Für Sie als Kunde und Entleiher ist es wichtig und bedeutsam, dass Ihr Personaldienstleister rechtskonform seine Dienstleistung erbringt. Dies gilt besonders für:

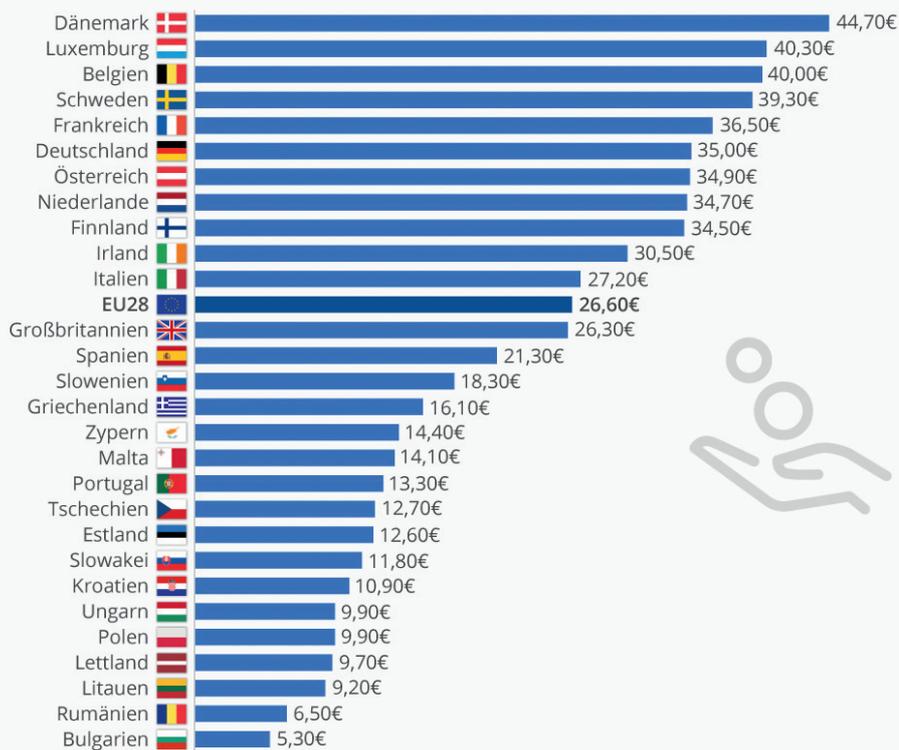
- ◆ Arbeitnehmerüberlassungsvertrag muss der Schriftform entsprechen
- ◆ Einhaltung des Höchstüberlassungszeitraumes
- ◆ Korrekte Lohnabrechnung (unter Beachtung der Mindestlöhne nach Entsendegesetz, Equal Pay, Branchenzuschläge, ...)

Ziel für Profectus ist es, die aufwendiger werdende Personalrekrutierung und eine rechtskonforme Überlassung für unsere Kunden zu organisieren.

Unsere Vertriebler und das gesamte Profectus-Team stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite, um trotz der aktuellen Regelungen Ihre Vakanzen bestmöglich besetzen zu können.

Was die Arbeit in der EU kostet

Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft 2018*



* Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen
Quelle: Statistisches Bundesamt

statista

Zum Tag der Arbeit am 01. Mai hat das Statistische Bundesamt die Arbeitskosten im EU-Vergleich veröffentlicht. Zu den Arbeitskosten zählen sämtliche Geld- und Sachleistungen inklusive der Sozialbeiträge, die Arbeitgeber an Beschäftigte erbringen.

In Deutschland bezahlten Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe und in wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen 2018 im Schnitt 35 Euro je geleisteter Arbeitsstunde. Damit liegt Deutschland wie bereits im Vorjahr auf Rang 6 im EU-Vergleich. An der Spitze steht Dänemark mit Arbeitskosten von durchschnittlich 44,70 Euro je geleisteter Arbeitsstunde. Am wenigsten bezahlte Bulgarien (5,30 Euro pro Stunde), wie die Statista-Grafik zeigt.

Der EU-Durchschnitt lag 2018 bei 26,60 Euro je Arbeitsstunde – 32 Prozent niedriger als die Arbeitskosten in Deutschland.

Einkommen steigen, Ungleichheit nimmt trotzdem zu

In den vergangenen 25 Jahren haben die meisten deutschen Haushalte einen Zuwachs ihrer Einkommen erlebt. Zwischen 1991 und 2016 ist das verfügbare reale Haushaltsnettoeinkommen um durchschnittlich 18 Prozent gestiegen. Als Haushaltsnettoeinkommen gilt die Summe der Einkommen eines privaten Haushalts nach Abzug der Steuern und zuzüglich von Sozialleistungen. Dieses kann sich aus dem Einkommen mehrerer Haushaltsmitglieder und verschiedenen Einkommensquellen zusammensetzen. Trotz dieses Zuwachses hat gleichzeitig die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen signifikant zugenommen. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Laut der Studie sind die Einkommen derer Haushalte, die zu der Gruppe der zehn Prozent höchsten Einkommen gehören, zwischen 1991 und 2016 um 35 Prozent gestiegen. Die Einkommen der Gruppe mit den 10 Prozent niedrigsten Einkommen sind seit 2010 sogar wieder gesunken,

trotz der guten konjunkturellen Lage und der niedrigen Arbeitslosigkeit. Eine mögliche Erklärung dafür könnte die seit 2010 stark gestiegene Zuwanderung sein, da Migrantinnen und Migranten in den ersten Jahren oftmals nur ein niedriges Einkommen erzielen.



Vollzeitbeschäftigte arbeiten im Schnitt 41 Stunden in der Woche

Die Vollzeitbeschäftigten in Deutschland arbeiteten im letzten Jahr durchschnittlich 41 Stunden pro Woche. Teilzeitbeschäftigte arbeiteten im Schnitt 19 Stunden. Dies gab das Statistische Bundesamt anlässlich des Tags der Arbeit am 1. Mai bekannt. Seit 1991 blieb die durchschnittliche Wochenarbeits-



zeit der in Vollzeit Beschäftigten weitestgehend stabil bei 40 Stunden. Selbstständige in Vollzeit gaben durchweg höhere Arbeitszeiten an als abhängig Beschäftigte. Allerdings gingen sie seit 1991 im Mittel um gut 6 Stunden von 54 auf 48 Wochenstunden zurück.

Gesundheitssektor erwirtschaftet eine Milliarde Euro am Tag

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der wichtigsten Branchen in Deutschland und erwirtschaftete im Jahr 2018 fast 370 Milliarden Euro. Das sind rund zwölf Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung. Unter dem Fachbegriff versteht man den Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Werts der Vorleistungen. Pro Tag hat die Gesundheitswirtschaft im Jahr 2018 damit erstmals mehr als eine Milliarde Euro Bruttowertschöpfung erzielt. Dies gab das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie jüngst bekannt.



Laut der Zahlen des Ministeriums ist die Gesundheitswirtschaft in den letzten zehn Jahren mit 4,1 Prozent pro Jahr stärker gewachsen als die deutsche Volkswirtschaft insgesamt. Auch die Beschäftigtenzahlen seien stärker gestiegen als im Durchschnitt der deutschen Wirtschaft. Mittlerweile arbeiten in der Gesundheitswirtschaft 7,6 Millionen Menschen. Das ist rund jeder sechste Erwerbstätige.

Wer will das bedingungslose Grundeinkommen?

Rund die Hälfte der Menschen in Deutschland befürwortet die Idee, jeder Bürgerin und jedem Bürger ein bedingungsloses monatliches Grundeinkommen zu zahlen. Laut zweier repräsentativer Umfragen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unterstützen 45 bis 52 der Deutschen das Grundeinkommen.

Die Studien erlauben auch Aufschlüsse darüber, welche Bevölkerungsgruppen das bedingungslose Einkommen am meisten befürworten. Demnach ist Zustimmung für die Idee in Deutschland eher bei jungen Menschen (unter 25 Jahren) als bei älteren anzutreffen. Über 65-Jährige stehen

einem solchen Grundeinkommen hingegen eher ablehnend gegenüber. Zudem sind Menschen mit höherer Bildung und mit niedrigem Einkommen sowie diejenigen, die sich politisch links einordnen würden, eher dazu geneigt, den Vorschlag gutzuheißen.

Die Zustimmung ist in Deutschland im europäischen Vergleich nicht besonders hoch. In Ländern wie Litauen, Ungarn oder Slowenien, in denen der Sozialstaat weniger ausgeprägt ist, sind weitaus mehr Menschen von der Idee angetan.

Bei der Einstellung zum bedingungs-

losen Grundeinkommen spielt laut den Studien nicht nur die persönliche Situation, sondern auch die individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen eine Rolle. Wer glaubt, dass die Güter und Lasten in einer Gesellschaft nach dem Bedarfsprinzip – „jede/r sollte das bekommen, was er/sie zum Leben braucht“ – verteilt werden sollten, steht einem bedingungslosen Grundeinkommen eher positiv gegenüber. Gilt dagegen das Leistungsprinzip – „diejenigen, die mehr leisten, sollten mehr bekommen“ – als Maßstab, ist die Wahrscheinlichkeit, einen solchen Vorschlag zu begrüßen, weitaus geringer.

Deutsche zieht es vor allem nach Österreich

Anlässlich des Europatags am 9. Mai hat das Statistische Bundesamt untersucht, wie die Deutschen von ihrem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU) Gebrauch machen. Von den insgesamt rund 900 000 Deutschen, die ihren Wohnsitz im EU-Ausland gemeldet haben, leben die meisten in Österreich. Rund 187 000 Deutsche lebten 2018 in der Alpenrepublik. Seit Jahren steigt dort die Zahl der Deutschen, allein im Vergleich zu 2017 um rund 5000 Personen (+3%). Etwas überraschend ist das zweitliebste Ziel der Bundesbürger: Im Vereinigten Königreich lebten 2018 rund 156 000 Deutsche. Gegenüber 2017 stieg deren Zahl trotz des drohenden Brexits um rund 8 000 Personen (+6 %). Wenn das Vereinigte Königreich tatsächlich aus der EU

austritt, muss auch der Aufenthaltsstatus der dort lebenden Deutschen neu geregelt werden. Rang 3 belegt bei den deutschen Auswanderinnen und Auswanderern Spanien. Doch die Beliebtheit des iberischen Staates nimmt seit mehreren Jahren ab. Rund 139 000 Deutsche hatten 2018 ihren Wohnsitz in Spanien, rund 2000 weniger als 2017 (-2 %).

Durch die Niederlassungsfreiheit können EU-Bürgerinnen und -Bürger ihren Wohnort innerhalb der EU frei wählen. Im europäischen Vergleich stellen Deutsche mit 900 000 Auswanderern nur die fünftgrößte Gruppe dar. Dabei ist Deutschland das bevölkerungsreichste Land der EU. Die meisten Auswanderer stammen aus Rumänien. 2018 lebten rund 3,4



Millionen Rumänen und Rumäninnen im EU-Ausland. Auch aus Polen (2,6 Millionen Personen), Italien (1,6 Millionen) sowie Portugal (1,2 Millionen) lebten 2018 viele Bürgerinnen und Bürger im EU-Ausland.

„Zusammenarbeit bis zum wohlverdienten Ruhestand“

Wir verabschieden unseren lang-jährigen Mitarbeiter Herrn K. in seine verdiente Altersrente.

Herr K. war 8 Jahre und 11 Monate Mitarbeiter in unserem Unterneh-

men und leistete stets einwandfreie Arbeit bei unseren regionalen Kunden.

Vielen Dank für die tolle Zeit!



„Unsere Patengruppe im Kinderheim Erlbach wird auch 2019 unterstützt.“

Spenden Scheck

Nur zur Verrechnung
Zahlen sie gegen diesen Scheck
Eintausendfünfhundert
Betrag in Buchstaben

Profectus Personal GmbH

EUR Betrag: Euro, Cent 1500,00

Empfänger:
Kinderheim Tannenmühle
Klingenthaler Straße 66
08265 Erlbach

Reichenbach
Ausstellungsort
18.12.2018
Datum

Unterschrift des Ausstellers:
Der ausgestellte Scheck ist rechtsgültig
oder gültigster Wert. Die Angabe einer Zahlungs-
frist auf dem Scheck gilt als nicht geschrieben.



Mythen der Zeitarbeit (Teil 20) –

„DGB - Statistik zur Zeitarbeit – Korrekte Analyse der Zahlen notwendig!“



In einer neuen Studie veröffentlichte der DGB eine Sammlung alter und einseitig selektierter Zahlen zur Zeitarbeitsbranche. „Warum der Gewerkschaftsbund immer wieder diese Statistiken im falschen Kontext und ohne einen realistischen Blick auf die Situation in der Branche kommentiert, ist uns schleierhaft“, zeigt sich Werner Stolz, Hauptgeschäftsführer des Interessenverbands Deutscher Zeitarbeitsunternehmen, ratlos.

Vor allem, weil der DGB in der jüngst veröffentlichten Studie die Ursache für angeblich prekäre Zustände regelmäßig selbst liefert. „Die Arbeitsdienste liegen immer noch niedriger

als im Schnitt über alle Branchen hinweg“, heißt es in dem DGB-Papier.

Durchschnittswerte

Die Erklärung folgt nur einen Abschnitt später: In der Zeitarbeitsbranche liegt der Anteil derer, die eine Helfertätigkeit ausführt, vier Mal höher als in der Gesamtwirtschaft. „Es ist also wenig zielführend, die Durchschnittswerte solch unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen zu vergleichen“, ärgert sich Stolz.

Langzeitarbeitslosigkeit

Viele Zeitarbeitskräfte finden mit einer Beschäftigung in der Branche den Weg aus der Arbeitslosigkeit, ihr Anteil liegt bei gut zwei Dritteln aller neu eingestellten Zeitarbeitnehmer. 16 Prozent von ihnen waren langzeit-

arbeitslos. „Auch dem DGB dürfte bewusst sein, dass Langzeitarbeitslose in den meisten Fällen nicht in der Lage sind, nahtlos eine Beschäftigung ihres ursprünglichen Qualifikationsniveaus aufzunehmen“, so Stolz.

Sachebene

Der iGZ-Hauptgeschäftsführer appelliert an die Gewerkschaften, Maß zu halten und auf die Sachebene zurückzukehren, damit die Vertreter beider Interessengruppen auch weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten können: „Die Tarifverträge zeigen, dass wir auf Basis der Tarifautonomie ein solides Fundament für faire Löhne und einen fairen Wettbewerb geschaffen haben.“